

## **Positionspapier der Studierendenschaft der Viadrina zum Bildungsstreik 2009**

Misstände im Bildungssystem treten in den letzten Jahren immer offenkundiger zu Tage. An vielen Universitäten und Fachhochschulen klagen sowohl Studierende als auch Lehrende über schlechte Lehr- und Lernbedingungen und einen immer größer werdenden Leistungsdruck. Und auch an den Schulen sind diese Probleme schon lange Alltag. Deutschland gibt im Vergleich zu den meisten europäischen Ländern deutlich weniger für sein Bildungssystem aus, wie Studien der OECD leider regelmäßig belegen.<sup>1</sup> Als Reaktion auf Kritik an der chronischen Unterfinanzierung kommt aus der Politik stets zuerst die Forderung nach mehr Effizienz und Konkurrenz. In dieser Logik stehen auch die Bildungsreformen der letzten Jahre, egal ob es sich dabei um die Einführung von Studiengebühren in vielen Bundesländern oder den Bologna-Prozess, das verkürzte Abitur oder die jüngste Novellierung des Brandenburgischen Hochschulgesetzes handelt. Dabei gerät gerade die Behauptung, der zufolge Bildung eine Investition ins Humankapital ist, zum Paradoxon. Denn wenn Bildung von spezifisch menschlichen Ansprüchen nach kritischer Reflexion und Selbstbestimmung von Bildungsinhalten und Lernprozessen getrennt wird und ausschließlich der berufsorientierten Wissensvermittlung anstelle der charakterlichen Weiterentwicklung des Menschen dient, muss folglich auch der Begriff des Humanen aus unserem Bildungsverständnis gestrichen werden.

Dieser Entwicklung kann man desillusioniert und passiv zuschauen, oder aber wir – alle die von den Problemen im Bildungssystem betroffen sind – treten ein für eine Umgestaltung des Bildungssystems, hin zu einer Bildung, die diesem Begriff endlich gerecht wird und Deutschland in Einklang bringt mit dem Grundgesetz und dem Sozialpakt der Vereinten Nationen (Artikel 13), die das Recht auf freien Zugang zu Bildung und ein selbstbestimmtes Lernen festhalten.<sup>2</sup> Zusammen mit den Forderungen des bundesweiten Bündnisses „Bildungsstreik 2009“<sup>3</sup> haben wir einen Forderungskatalog zusammengestellt, der speziell die Probleme aus Brandenburg und Frankfurt (Oder) berücksichtigt. Es ist an uns, unser Bildungssystem zu verändern! Deswegen fordern wir:

### **1. Für bessere Lehr- und Lernbedingungen!**

\* Die Betreuungsrelation in Bildungseinrichtungen muss verbessert werden. Es ist mehr Lehrpersonal erforderlich, um dem Bedarf an Lehrveranstaltungen gerecht zu werden, und

---

<sup>1</sup> Vgl. <http://www.oecd.org/dataoecd/23/46/41284038.pdf>, S. 202.

<sup>2</sup> Vgl. [http://www.unhchr.ch/html/menu3/b/a\\_ceschr.htm](http://www.unhchr.ch/html/menu3/b/a_ceschr.htm)

<sup>3</sup> [www.bildungsstreik2009.de](http://www.bildungsstreik2009.de)

Seminare oder Unterrichtsstunden in guter Arbeitsatmosphäre und der damit einhergehenden Möglichkeit der Wissensvermittlung und -aufnahme stattfinden lassen zu können.

\* Allen Lehrenden und MitarbeiterInnen muss es möglich sein, in einem gesicherten und motivierenden Umfeld zu arbeiten. Insbesondere die oftmals mit weniger als tausend Euro pro Semester prekär bezahlten Lehraufträge und die Lehrverpflichtung der Privatdozentur dürfen nicht dazu benutzt werden, um Dumping-Löhne im akademischen Betrieb durchzusetzen. Das Land Brandenburg muss die Hochschulen ausfinanzieren, so dass sie grundlegende Lehraufträge angemessen entlohnen können. Gleichmaßen muss auch das Lehrpersonal am Sprachenzentrum der Viadrina gerecht bezahlt und mit längerfristigen Verträgen abgesichert werden. Daher fordern wir „Dauerstellen für Daueraufgaben“, das bedeutet unbefristete Verträge für permanente Stellen.

\* Gerade auch an der Europa-Universität-Viadrina müssen endlich grundlegende Forderungen der Gleichstellung umgesetzt werden! Während in den Sekretariaten ausschließlich Frauen arbeiten, gibt es nur eine Handvoll Professorinnen. Auch in den meisten Gremien der akademischen Selbstverwaltung sind Frauen unterrepräsentiert. Hier werden alte Geschlechterhierarchien mitten im akademischen Bildungsbereich reproduziert! Die Arbeitsbedingungen an der Viadrina müssen so gestaltet werden, dass sie mit verschiedenen Lebensentwürfen vereinbar sind und sich nicht an klassisch männlich geprägten Karriereplanungen orientieren.

\* Die Abschaffung des Master-Studiengangs Kulturwissenschaften an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) ist mehr als fragwürdig, da sich jener an den Bachelor Kulturwissenschaften anschließt und in den Strukturen der Universität als Identifizierungsmerkmal diente. Durch die angebotenen Masterstudiengänge kann dies nicht ersetzt werden. Sie stehen durch ihre Aufspaltung in Einzeldisziplinen sogar im Widerspruch zum wissenschaftlichen Anspruch der Kulturwissenschaften an der Viadrina. Deshalb fordern wir die Wiedereinführung und eine dauerhafte Verankerung und Auseinandersetzung mit den Kulturwissenschaften an der Viadrina.

## **2. Für mehr Selbstbestimmung von Lehrenden und Lernenden!**

\* In seiner derzeitigen Tendenz zur Verschulung läuft das Studium an der Viadrina Gefahr, seinen Anspruch als kritische Wissenschaft zu verlieren. Eine zu starke Modularisierung des Studiums erschwert es, selbstbestimmt Schwerpunkte im Studium zu setzen.

\* Die Anwesenheitspflicht in vielen Lehrveranstaltungen ist problematisch für Studierende, die neben dem Studium arbeiten müssen oder sich ehrenamtlich engagieren wollen, und sollte daher

abgeschafft werden. Von mündigen, selbstbestimmten Studierenden ist im Übrigen durchaus zu erwarten, dass sie die Form der Wissensaufnahme selbst gestalten. Die Ergebnisse dieses Lernprozesses zeigen sich aber nicht im sturen Absitzen von Veranstaltung, sondern in der Anwendung kritischer Reflektion und in der wissenschaftlichen Praxis.

\* Dem überhöhten Leistungs-, Prüfungs- und Konkurrenzdruck muss Einhalt geboten werden. In diesem Zusammenhang sollen konzentrierte Abgabe- und Prüfungstermine und Exmatrikulationen aufgrund unflexibler Prüfungsordnungen vermieden werden.

\* Studierende müssen die Möglichkeit haben, ihre Hochschule ohne Probleme zu wechseln. Der Anspruch des Bologna-Prozesses, die Mobilität zwischen Hochschulen zu ermöglichen, wird jedoch in der Realität nur unzureichend umgesetzt. Anerkennungen auswärtiger Studienleistungen und – abschlüsse sind oft intransparent und nicht stimmig. Nicht die Deckungsgleichheit, sondern vielmehr die Gleichwertigkeit sollte über die Anerkennung entscheiden!

\* Die Förderungshöchstdauer durch das BAföG muss flexibel an die realen Studienzeiten angepasst werden. Sie kann sich nicht an einer abstrakt und bürokratisch festgelegten Regelstudienzeit bemessen. Studienzeitverlängerungen sind oftmals nicht von Studierenden zu verantworten etwa aufgrund unzureichender Studienbedingungen, Kursen, die zu selten angeboten werden oder dem Zwang, neben dem Studium arbeiten zu müssen.

\* Wissenschaft ist nicht einzig die Beschreibung vorhandener Phänomene, sondern auch das kritische Hinterfragen ihrer Entstehung und Entwicklung. Wissenschaft, die diesen kritisch-erklärenden Anspruch aufgibt und – reiner Verwertungslogik folgend – nur noch die Qualifizierung zum Berufseinstieg darstellt, verliert die Berechtigung, sich als Wissenschaft zu bezeichnen.

### **3. Für eine umfassende Demokratisierung des Bildungssystems!**

\* Alle Statusgruppen an Hochschulen sollen in den Gremien der akademischen Selbstverwaltung gleich stark repräsentiert sein. Insbesondere Studierende sind stärker zu beteiligen und die Stimmenmehrheit von ProfessorInnen muss aufgehoben werden. Durch ihre Mitbestimmung können aktuelle Planungen und Entscheidungen dichter an den Bedürfnissen der Studierenden als größter Gruppe an den Hochschulen getroffen werden.

\* Zur Erfüllung ihrer Aufgaben muss die verfasste Studierendenschaft insbesondere auch zu Fragen Stellung beziehen können, die sich mit der gesellschaftlichen Aufgabenstellung der Hochschulen sowie mit der Anwendung der wissenschaftlichen Erkenntnisse und der Abschätzung ihrer Folgen für die Gesellschaft und die Natur beschäftigen. Die Studierendenschaft und ihre Organe sollten für die Erfüllung ihrer Aufgaben Medien aller Art nutzen können und so auch die

Diskussion und Veröffentlichung zu allgemeinen gesellschaftlichen Fragen ermöglichen. Dies hatte das Hochschulrahmengesetz noch 2003 vorgesehen, es ist an den Ländern, diese Aufgaben wieder aufzunehmen.

\* Um die Studierbarkeit der neuen Bachelor-/Master-Studiengänge zu gewährleisten, ist eine stärkere Mitbestimmung der Studierendenschaft bei der Ausarbeitung der Studien- und Prüfungsordnungen unerlässlich, realer Aufwand und Studierbarkeit müssen erhoben werden.

\* Der Informationsfluss zwischen Universität und Studierendenschaft muss verbessert werden, um die Partizipation Studierender in der akademischen Selbstverwaltung zu intensivieren und Entscheidungsprozesse in der Universität transparenter zu gestalten. Dies beinhaltet den Abbau der universitätsinternen Informationshierarchien zwischen akademischer und studentischer Selbstverwaltung und deren engere Zusammenarbeit.

#### **4. Gegen soziale Selektion im Bildungssystem!**

\* Der Zugang zu Bildung und Weiterbildung darf nicht vom Einkommen des Elternhauses abhängen.

\* Der Bachelor muss per se und ohne weitere Beschränkung als Zulassung zum Master genügen. Insbesondere konsekutive Masterstudiengänge sind freizuhalten von finanziellen als auch notenbezogenen Hürden. In den Masterstudiengängen, die in den letzten Jahren neu an der Viadrina eingeführt wurden, sind notenbezogene Zugangsbedingungen aufgenommen worden, die meist bei 2,5 liegen. Jedoch qualifiziert jeder bestandene Bachelorabschluss per Definition zum Studium eines Masters. Durch diesen festen Notendurchschnitt wird über eine starre Zulassungsbedingung eine weitere Hürde eingeführt, obwohl das Bildungssystem in Deutschland ohnehin als zu selektiv kritisiert wird. Ähnlich absurd und ungerecht wäre es, nur noch SchülerInnen mit einem Abiturdurchschnitt von 2,5 überhaupt ein Studium zu erlauben.

\* Um soziale Selektion zu vermeiden, muss die Möglichkeit des Teilzeitstudiums gewährleistet sein<sup>4</sup>, um erwerbstätige Studierende nicht zu beeinträchtigen. Hierfür sollte auch die Möglichkeit des Fernstudiums berücksichtigt werden<sup>5</sup>.

\* Neuen Zulassungsbeschränkungen wie die Master-Hürden und alte Unflexibilitäten wie das fehlende Teilzeitstudium verstärken auch soziale Härten, da Studierende, die unter einer stärkeren Belastung studieren, bspw. durch die Geburt eines Kindes, die Pflege von Angehörigen oder Arbeit während des Studiums, durch diese Belastung weniger Zeit für ihr Studium aufwenden können

---

<sup>4</sup> Laut BbgHG § 17.

<sup>5</sup> Laut BbgHG § 24.

und so schlechter abschneiden. Es widerspricht außerdem dem Ziel, mehr junge Menschen aus Brandenburg für ein Studium zu begeistern, da solche Regelungen abschreckend wirken.

\* Die Regelung der Zwangsexmatrikulation beim Überschreiten unflexibler und teils unrealistischer Prüfungsfristen nach dem BbgHG darf nicht weiter bestehen bleiben.

\* Zulassungsbeschränkungen sind durch den Ausbau von Studienplätzen abzubauen.

\* Die in Brandenburg gesetzlich verankerte Gebührenfreiheit als Grundlage der Bildung muss konsequent umgesetzt werden und darf nicht durch versteckte Studiengebühren wie die Rückmeldegebühr und Kosten von prüfungsrelevanten Sprachkursen umgangen werden. Wie im von Deutschland ratifizierten UN-Sozialpakt gefordert, müssen Studiengebühren in allen Bundesländern abgeschafft werden.

\* Damit Studierende selbstbestimmt und frei lernen können, fordern wir die finanzielle Unabhängigkeit Studierender durch die Einführung einer elternunabhängigen Förderung nach dem BAföG.

\* Einige Sprachkurse an der Viadrina werden kostenpflichtig angeboten. Dies ist jedoch dann nicht zu vertreten, wenn Sprachleistungen in den Prüfungsordnungen vorgeschrieben werden. Somit werden insbesondere die Studierenden finanziell mehr belastet, die mehrere Sprachen in ihren Studiengängen (z.B. Kulturwissenschaften, Internationale BWL) ableisten müssen. Auch die Entscheidung für eine neue Sprache, darf nicht mit einer erheblichen Mehrbelastung verbunden sein. Gebühren, die zur Erbringung von Prüfungsvoraussetzungen bezahlt werden müssen, stellen versteckte Studiengebühren dar. Die im Brandenburgischen Hochschulgesetz verankerte Gebührenfreiheit<sup>6</sup> ist demzufolge an der Viadrina nicht gegeben, da sogar in den grundständigen Studiengängen Gebühren innerhalb des normalen Studiums fällig werden. Eine Gleichbehandlung aller Studierenden entsprechend ihrer Studienordnungen muss gewährleistet sein, sodass keinem Studierenden Kosten für obligatorische Studienanteile entstehen.

## **5. Für die öffentliche Ausfinanzierung aller Bildungseinrichtungen!**

\* Defizite in den Bildungsausgaben erzeugen eine Situation, in der Bildungsinstitutionen auf das Anwerben externer Mittel angewiesen sind. Sie dürfen jedoch nicht von Interessen externer Geldgeber beeinflusst werden, um die im Grundgesetz festgehaltene Freiheit der Wissenschaft zu gewährleisten. Dazu gehört, dass Hochschulen nicht als privatwirtschaftliche Werbeflächen genutzt werden. In diesem Zusammenhang solidarisieren wir uns mit der Forderung der Potsdamer Studierendenschaft, die gesicherte Finanzierung des Historischen Instituts der

---

<sup>6</sup> § 2 Abs. 4 S. 2 BbgHG

Universität Potsdam ohne Drittmittel vom Bundesministerium für Verteidigung zu gewährleisten. Universitäten dürfen nicht zum „Think Tank“ der Bundeswehr werden!

\* Wir sprechen uns gegen die „Exzellenzinitiative“ der Bundesregierung aus. Alle Bildungseinrichtungen sollen gleichermaßen ausfinanziert werden, um nicht eine Spaltung der deutschen Hochschullandschaft in schlechte Massenuniversitäten und einige wenige „Leuchttürme“ der Wissenschaft zu produzieren. Eine einseitige Förderung benachteiligt vor allem kleinere Universitäten und gefährdet die Vielfalt der Hochschullandschaft, auch weil kleinere Universitäten damit zu reinen Lehrbetrieben verkommen und Forschung nur noch an den prominenten Exzellenzclustern realisiert wird.

\* Die Viadrina ist – wie zunehmend alle Hochschulen in Deutschland – auf Drittmittel angewiesen, um Forschungsvorhaben finanzieren zu können. Drittmittel sind zusätzliche Gelder, die nicht zur Grundfinanzierung des Landes gehören, sondern bei externen Stiftungen oder weiteren Akteuren beantragt werden können. Staatliche Forschungsfinanzierung ist unzureichend, so kommt es, dass Drittmittel oftmals überhaupt erst Forschung ermöglichen. Damit jedoch entsteht ein Wettbewerb um Forschungsvorhaben, der der Freiheit der Forschung widerspricht: nicht gesamtgesellschaftliche Relevanz ist das ausschlaggebende Kriterium, wenn es darum geht, was erforscht und finanziert werden soll, sondern oftmals spezielle Interessen der Geldgeber. Wer die Kapelle bezahlt, bestimmt auch, was gespielt wird. Wer Geld für Forschungsvorhaben gibt, beeinflusst auch, was erforscht wird. Es besteht die Gefahr, dass Forschung nicht ergebnisoffen geführt werden kann. An der Viadrina ist eine kritischere Reflexion über eingeworbene Mittel und die Auswirkung auf Forschungsprozesse und –ergebnisse notwendig.

\* Die Viadrina ist seit über einem Jahr Stiftungsuniversität und hat erste Zustiftungen von externen Spenderinnen und Spendern erhalten. Damit stellt sich immer mehr die Frage, welchen Einfluss Stifter auf die Verwendung der Zinsen aus ihren Zustiftungen haben. Werden Stifterinteressen in Relation zur gespendeten Summe berücksichtigt? Die demokratisch legitimierten Gremien der akademischen Selbstverwaltung sollten über die Mittelverwendung entscheiden. Spenden sind nur solange legitim, solange wie sie vorbehaltlos erfolgen. In keinem Fall darf es gestattet werden, dass sich potente Spenderinnen und Spender die Bildungslandschaft nach eigenem Gutdünken gestalten können. Ferner dürfen Stiftungsgelder nicht zur Ausfinanzierung von Grundaufgaben der Viadrina verwendet werden, da der reguläre Forschungs- und Lehrbetrieb vom Land ausfinanziert werden muss.

\* Der Hochschulpakt als ein gemeinsames Finanzierungsprogramm von Bund und Ländern, das die negativen Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Hochschulen ausgleichen soll,

setzt falsche Prioritäten. Zwar ist tatsächlich anzunehmen, dass die Studienplatznachfrage in den alten Ländern in den kommenden Jahren stark steigen wird, während sie in den neuen Ländern zurückgehen wird. Die alten Länder sind nun gehalten, mit den Hochschulpaktmitteln mehr Studienplätze zu schaffen, die neuen Bundesländer – also auch Brandenburg – sollen die Studierendenzahlen „nur“ konstant halten (auf Basis der Zahlen von 2005). Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Studienstandorte in den neuen Bundesländern stärker zu bewerben und auch im Bewusstsein der Menschen in den alten Bundesländern zu verankern. Daraus kann sich allerdings nicht ergeben, dass Hochschulpaktmittel für kostspielige Werbeaktionen eingesetzt werden. So wurden an der Viadrina etwa 270.000 Euro für Marketing und Rekrutierung von Studieninteressenten eingesetzt, hingegen nur 40.000 für zusätzliche Lehraufträge und 125.000 Euro für Tutorien und Examensvorbereitungen. Der gute Ruf einer Hochschule basiert auf der Qualität ihrer Forschung und Lehre, die daher viel eher finanziell gefördert werden sollte. Allerdings kann es nicht sein, dass mehr Geld für Werbung als für eine tatsächliche Verbesserung der Forschungs- und Lehrqualität ausgegeben wird.

\* Das deutsche Bildungssystem ist chronisch unterfinanziert. Die bisherigen Strategien, damit umzugehen, haben sich nicht bewährt, ein Umdenken ist daher dringend nötig.

*Dieses Positionspapier wurde erarbeitet von der AG Bildungsstreik an der Viadrina und dem hochschulpolitischen Ausschuss des Studierendenparlaments der Viadrina und am 9.6.2009 vom Studierendenparlament der Viadrina beschlossen.*